

Erscheint zweimal monatlich! Abonnement für 10 Nummern S 1.— (inkl. Postzustellung) Österr. Postsparkassen-Konto Nr. 119.471

Arbeiter-Stimme

Redakt.: Wien, XVIII., Vinzenzgasse 24, Tel. 20-2-69. — Administration: Wien, XVII., Sautergasse Nr. 26/10, Telephon Nr. 86-8-23

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs (Opposition)

1. Jahrgang

Wien, Anfang Oktober 1927

Nr. 15

Was der Schutzbund ist und was der Schutzbund werden muß.

Das Recht der Massen ihrer Meinung durch Kundgebungen, Demonstrationen Ausdruck zu geben ist eines der fundamentalsten Grundrechte der Demokratie.

Am 15. Juli gehen die Arbeiter auf die Straße, um ihre Entrüstung kundzutun über den Freispruch der Schattendorfer Mörder.

Antwort der Bourgeoisie: Kavallerieattacken, Einzelfeuer, Salvenfeuer . . .

Arbeiterblut floß in Strömen. Das Proletariat war mit blutiger Gewalt überfallen worden. Die Demokratie war mit blutiger Gewalt angegriffen.

Was tat der Schutzbund?

Hat er die angegriffene Arbeiterschaft geschützt? Nein!

Hat er die angegriffene Demokratie geschützt? Nein!

Der Schutzbund versagte vollkommen. Nicht durch die Schuld der Schutzbündler. Sondern durch die Schuld der sozialdemokratischen Gesamtführung, die durch den Schutzbundführer Deutsch im Schutzbund ihre kleinbürgerliche Politik und Taktik durchführt.

Wann sprechen wir im Kriege nach einer Schlacht von einer Niederlage: wenn die Armee Positionen, Terrain verloren hat. Und von einer ersten Niederlage: wenn als Folge der verlorenen Schlacht Demoralisation in die Armee selbst einreißt.

Der 15. Juli hat dem Proletariat nicht nur Positionen und Terrain genommen, sondern hat darüber hinaus die Kampfmoral seines Schutzbundes aufstiefste erschüttert.

Am 15. Oktober tritt die Reichskonferenz des Schutzbundes zusammen. Im Septemberheft der Schutzbundzeitung entwickelt Deutsch zur Vorbereitung der Schutzbundkonferenz Auffassungen, die für den Schutzbund und fürs Gesamtproletariat außerordentlich gefährlich sind: der 15. Juli sei kein Putsch der Reaktion gewesen, sondern nur der Zusammenstoß aufgeregter Menschenmassen mit einer schlecht geführten Polizei. . . Der 15. Juli sei nicht der Fall gewesen, der den republikanischen Schutzbund bis zur letzten Konsequenz hätte schreiten lassen können, denn die Republik sei nicht angegriffen worden. . . Aufgabe des Schutzbundes sei der Schutz der Republik und der Ordnung. . .

Soll der Schutzbund das werden, was das Proletariat braucht, dann muß volle Klarheit geschaffen werden über

die Aufgabe des Schutzbunds.

Die Republik hat nicht nur Form, sondern auch Inhalt. Ein Inhalt dieser Republik ist das fundamentale Recht der Massen, ihre Meinung durch Demonstrationen kundzutun. Der 15. Juli war ein Angriff auf die Republik.

Schutz der Ordnung. Welcher Ordnung? Soll der Schutzbund die kapitalistische Ordnung schützen?

Alle diese und ähnliche Formulierungen sind zweideutig und müssen — so wie am 15. Juli — zur Niederlage führen.

Die Aufgaben des republikanischen Schutzbundes ist der Schutz des Proletariats, seines Lebens, seiner Machtorganisationen, seiner Interessen, seiner Rechte!

Jede andere Formulierung muß abgelehnt werden.

Um diese Aufgabe zu erfüllen, muß der Schutzbund eine

wirkliche Macht

sein, der Zahl, dem Geiste und den Waffen nach.

Der Zahl nach: Eine Hauptwurzel der Macht der Arbeiterklasse ist ihre große Masse. Gegenwärtig zählt der Schutzbund einige Zehntausende, darunter Nichtwehrfähige. Der Schutzbund muß Hunderttausende erfassen, er muß eine Massenorganisation werden, die alles erfäßt, was im Proletariat wehrfähig und klassenbewußt ist — ohne Unterschied der Partei und ohne Unterschied des Geschlechts. Zum Sanitätsdienst, Verbindungsdienst und dergleichen sind tatkräftige Proletarierinnen heranzuziehen.

Ein Ausnahmegericht hat geurteilt!

Ausgesuchte Bourgeois-Schöffen sitzen über Proletarier zu Gericht!

Wir haben Unerträgliches an Klassenjustiz in Oesterreich erlebt. Wir haben gesehen, wie die Mörder von Birnecker, Still, Kowarik und Müller straflos blieben.

Warum wurden diese Mordebuben freigesprochen?

Weil die Richter der bürgerlichen Klasse angehören. Weil die Richter mit ihrem Denken und Fühlen, mit ihren Anschauungen und Standesinteressen, mit ihrer ganzen Weltanschauung in der Bourgeoisie wurzeln. Weil der Justizapparat bürgerlich zusammengesetzt ist, kann er nicht anders sein als proletarierfeindlich.

Das ist ja

das Wesen der Klassenjustiz,

daß die Kapitalistenklasse durch ihren Justizapparat die Möglichkeit hat, alles, was ihrem Interesse schadet, zu bestrafen und was dem Proletariate schadet, straflos zu lassen.

Was wir aber jetzt erleben, hat mit dieser, in der bürgerlichen Gesellschaft selbstverständlichen Klassenjustiz nichts zu tun.

Was wir jetzt erleben, ist die Schaffung eines Ausnahmegerichtes gegen die Arbeiterklasse.

Der Sieg am 15. Juli soll fest verankert werden. Exempel müssen statuiert werden. Die starke Faust soll das Proletariat erschrecken. Da genügt nicht

Genossen! Denkt an eure Brüder, nehmt den Kampf entschlossen auf:

Für die Freilassung der Juli-Opfer! Für die Niederschlagung der Prozesse! Für den Sturz der Seipelregierung!

Juli 1917 — Juli 1927.

Im Juli 1917 erhoben sich spontan die Massen in Petersburg. Die Bolschewiki bremsten: Demonstrationen — aber noch nicht Aufstand, war ihre Linie. Es war ein Rückzug gegenüber der Petersburger Massenwelle, aber völlig gerechtfertigt durch die Gesamtlage: noch waren die Dinge bei der Frontarmee nicht genügend herangereift. Im Oktober dann war die Lage reif und unter der Losung des Aufstandes an der Spitze der Massen siegten die Bolschewiken.

Im »Metallarbeiter« wird nun schon seit Wochen der Beweis versucht, die österreichische SP habe am 15. Juli 1927 dieselbe Taktik eingeschlagen wie die Bolschewiki am 9. Juli 1917 und der Oktober werde auch in Oesterreich kommen . . .

Gewiß, was die Bolschewiki im Juli 1917 machten, war ein taktischer Rückzug — aber ein Rückzug mit den Waffen in den Händen! Die österreichische SP hat den letzten großen Waffenbestand kampflös am 19. Mai hergegeben, noch vor ihrem »Rückzug«.

Der Rückzug der Bolschewiki war bewußte Vorbereitung zum bewaffneten Entscheidungskampf und Sieg — der »Rückzug« der SP war Verrat. Nicht einen Augenblick dachten, nicht einen Augenblick denkt die SP an den unvermeidlich kommenden bewaffneten Entscheidungskampf. Den überläßt sie der Bourgeoisie und will ihn verschanzt hinter den Stimmzetteln erwarten . . .

Der Oktober in Oesterreich wird kommen! Aber unter Führung der österreichischen Bolschewiken, der Kommunisten.

Dem Geiste nach: Schluß mit dem Veteranengeist! Schluß mit dem Veteranenspiel! Die Aufzüge können und sollen bleiben. Aber jeden Schutzbündler und die Organisation in allen ihren Teilen und als Ganzes mit revolutionären Kampfegeist, mit entschlossenem Tatwillen zu erfüllen und diesen Geist stets wachzuhalten und fort zu stärken, das ist die grundlegendste Arbeit, die zu leisten ist.

Den Waffen nach: Schluß mit der Staberlwirtschaft! Lernen wir von Frontkämpfern, Hakenkreuzlern, Heimwehren.

Was ist der Schutzbund heute? Ein Veteranenverein!

Was muß der Schutzbund werden? Die militärische Kampforganisation des Proletariats!

Schutzbündler! Kämpft dafür im Schutzbund, in der Partei, in Gewerkschaften, im Turnverband, in allen Massenorganisationen!

Arbeiter, Arbeiterinnen! Kämpft dafür in Partei, in Gewerkschaften, im Turnverband, in allen Massenorganisationen!

Der Schutzbund ist Sache aller Proletarier, ist Sache des Gesamtproletariats!

Sorgt dafür, daß die Reichskonferenz des Schutzbundes aus dem 15. Juli eine proletarische Lehre zieht!

Ein Sacco- und Vanzetti-Roman.

Upton Sinclair, der große amerikanische Schriftsteller hat einen neuen Roman begonnen, der gegen die amerikanische Klassenjustiz gerichtet ist und das Schicksal und den Kampf Saccos und Vanzettis darstellt. Der Roman wird unter dem Titel »Boston« erscheinen.

Die Helfer des Austromarxismus.

Bekanntlich hat die anarcho-kommunistische »Rote Fahne« am 15. Juli die Aktionslosung gegeben: »Arbeiter- und Bauernregierung!«, das heißt Aufrichtung der proletarischen Diktatur. Das war vom revolutionären Standpunkt ein Unsinn. Denn wie immer die anarcho-kommunistische Führung in der Alserstraße die Lage beurteilen mochte, darüber müßte sie sich doch klar sein, daß zumindest die eine Grundbedingung der proletarischen Machtergreifung fehlte: die ernste, mit den Massen wirklich verbundene revolutionäre, also kommunistische Partei.

Die SP zieht gegen die anarcho-kommunistische Taktik los (was leicht ist, da sie ja tatsächlich im Widerspruch mit der wirklichen Lage stand) und sie leistet sich folgenden Trick: da die anarcho-kommunistische Taktik falsch war — war keine andere Taktik möglich als die sozialdemokratische! Ein aufgelegter, bewußter Betrug.

Was hätte die SP tausendmal erklärt: wenn einmal die Reaktion die Arbeiterschaft, die Demokratie, die Republik mit Gewalt angreift, dann werden sie da sein, die Waffen, dann werden wir den Gewaltangriff mit Gewalt niederschlagen.

Nun, am 15. Juli war er da, der gewaltsame Angriff gegen Arbeiterschaft, Demokratie, Republik. Kein ernstere revolutionärer Arbeiter hat am 15. Juli von der SP verlangt, sie solle die proletarische Diktatur aufrichten — das taten nur anarcho-kommunistische Kinder in der Alserstraße — sondern jeder Arbeiter hat erwartet und verlangt, daß die Sozialdemokratie wahr mache, was sie selbst tausendmal feierlich erklärt hat!

Das Verhalten der SP am 15. Juli war Verrat nicht nur am Proletariat. Die SP verrät ihre Demokratie, ihre Republik, ja sie verrät ihre eigenen, tausendfachen Schwüre.

Hätten die Anarcho-Kommunisten am 15. Juli die der Lage entsprechende Losung ausgegeben, die Losung, die der SP vor den Massen auferlegte das durchzuführen, was sie selbst tausendmal den Massen zugeschworen, die Sozialdemokratie stünde heute nackt bis auf die Knochen da, ohne die Möglichkeit die Blöße ihres entsetzlichen Verrats zu verhüllen. So aber, gerade durch die anarcho-kommunistische Taktik ist sie im Stande, ihren Juliverrat so zu maskieren, daß die große Masse ihn nicht durchschaut.

Die sozialdemokratische Verrats- und Kapitulationspolitik hat der Bourgeoisie den Julisieg ermöglicht. Aber wer ermöglicht es der SP diese Politik so lange und mit solchem Erfolg zu treiben, ohne das die Massen dieses Spiel durchschauen? Die anarcho-kommunistische Taktik!

Die Folge der kindischen Politik der Anarcho-Kommunisten ist, daß die Massen selbst nach dem

15. Juli, statt schnell den Weg zum Kommunismus zu finden, in Indifferenz dahin taumeln. Gewiß, die Massen spüren, daß etwas mit der SP nicht stimmt, aber sie durchschauen sie noch nicht. Und da sie im Juli erlebt, daß die Alserstraße nichts gelernt und nichts vergessen hat, sondern noch immer die alten Kinderstube geblieben ist und da sie den Anarcho-Kommunismus irrigerweise mit dem Kommunismus gleichsetzen, so behalten sie ihr sozialdemokratisches Büchlein und werden indifferent.

Nichts ist ein größerer Fehler als Selbsttäuschung. Wir kennen die »Erfolge« der Anarcho-Kommunistischen Partei nach dem 15. Juli. Keine Rede von Mitgliederzuwachs, Sinken der Aktivität der Mitglieder, Zersetzung ganzer Ortsgruppen insbesondere in Wien und Steiermark usw. Die anarcho-kommunistische Ideologie, die anarcho-kommunistische Taktik ist heute in Oesterreich das größte Hindernis der Revolutionierung der Massen.

Wie kämpfen gegen die Arbeitslosigkeit?

Der proletarische Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

6. Fortsetzung.

Von Josef Frey.

Die Hauptstoßrichtung.

Alle bisherigen Kämpfe der Arbeitslosen waren zugespißt auf die Verlängerung der Wirksamkeit des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, auf die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, auf die Ausdehnung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, auf bisher nicht unterstützte Schichten, auf die ungerechte Praxis der industriellen Bezirkskommissionen, auf kommunale Hilfe für die Arbeitslosen und dergleichen.

Das war gut, das war notwendig, das wird auch in Zukunft so sein müssen. Das sind notwendige Anknüpfungslosungen, das sind die

unmittelbaren Aktionslosungen,

wie sie durch die Not der Zeit jeweils nach der konkreten Lage gegeben sind.

Daneben wurde und wird bei jeder solchen Einzelaktion ziemlich regelmäßig der Ruf nach Arbeit ausgestoßen und dieser allgemeine Ruf wird auch öfters konkretisiert. Aber die Praxis neunjähriger Arbeitslosenkämpfe zeigt, daß auf diese Seite des Kampfes ein viel zu geringes Gewicht gelegt wird.

Die Arbeitslosen kämpfen mit mehr oder weniger Erfolg gegen die Wirkungen der Arbeitslosigkeit, sie verhindern durch ihren Kampf im großen und ganzen daß sie aus ihrem Elend dem absoluten Nichts verfallen — aber, so erstaunlich es ist: die Arbeitslosen selbst haben bisher einen planmäßigen, andauernden Kampf

gegen die Arbeitslosigkeit selbst

nicht geführt.

Die erste taktische Lehre, die sich aus den bisherigen Ueberlegungen und aus den Erfahrungen der Kämpfe von neun Jahren für die Arbeitslosen ergibt lautet:

Für die Einzelaktion muß der Kampf der Arbeitslosen so wie bisher zugespißt werden auf die jeweils durch die Lage gegebene Anknüpfungslosung (Lösung der unmittelbaren Aktion).

Aber der Gesamtkampf der Arbeitslosen, der nicht aus einer Aktion sondern aus der ununterbrochenen Kette aller Anstrengungen der Arbeitslosen muß das Schwergewicht legen auf den Kampf um Arbeit.

Arbeit!

Arbeit, auf Kosten der Bourgeoisie, das muß für alle Aktionen, für alle Kampagnen, für alle Anstrengungen der Arbeitslosen die

Zentrallosung

sein, die alle Kraft der Arbeitslosen praktisch zusammenfaßt in die für ihren Kampf entscheidende Richtung.

Selbstverständlich muß diese Losung je nach der Lage konkretisiert werden: auf Verdichtung der Wirtschaftsverkehrs mit Sowjetrußland und Staatsgarantie für Rußland-Exportkredite; auf Innenkolonisation des Oedlandes; auf Kampf um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit; auf entschädigungslose Enteignung des Kirchen- und Habsburgervermögens zu Investitionszwecken und zur Innenkolonisation. Das sind die wichtigsten, gegenwärtig aktuellsten Beispiele.

Nur wenn die Arbeitslosen ihren Kampf andauernd in dieser Weise führen, wird ihnen allmählich das gelingen, was ihnen bisher noch nie gelungen ist, die Betriebsarbeiterschaft gegen die Arbeitslosigkeit zu mobilisieren.

Und nur wenn die Arbeitslosen die Betriebsarbeiter mobilisieren, nur durch den Druck der Gesamtarbeiterschaft werden die Arbeitslosen ernste, praktische Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit erreichen.

(Schluß folgt.)

Leset und verbreitet die
„Arbeiterstimme“!

Wesen und Geschichte des Anarcho-Kommunismus in Österreich.

Von Kurt Landau.

(Fortsetzung.)

Zu 3: Spontanitätstheorie und Fatalismus.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß in der gegenwärtigen Periode einer relativen Stabilisierung des Kapitalismus die Frage der unmittelbaren Machtergreifung nicht auf der Tagesordnung steht. Die Aufgabe der Kommunisten besteht in der gegenwärtigen Periode vor allem darin, in einem zähen Kampf die Arbeiterklasse aus der Gefolgschaft der Sozialdemokratie, die mehr und mehr, taktisch und in ihrer sozialen Zusammensetzung zur Volkspartei wird, loszulösen. Diese Loslösung kann nur durch die innigste und systematische führende Anteilnahme der Kommunisten an allen Tageskämpfen der Arbeiterklasse erfolgen. Insbesondere gilt dies von den Gewerkschaften. Der Zerbröckelungsprozeß der österreichischen Gewerkschaften, die in den letzten 4 Jahren von 1.079.777 Mitgliedern auf 756.392 gesunken sind, ist ein deutlicher Beweis dafür, wie elementar die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft mit der reformistischen Politik, »in der Krise kann man keine Lohnbewegungen führen«, sich ausdrückt; gleichzeitig aber auch dafür, daß das Fehlen kommunistischer Gewerkschaftspolitik die Unzufriedenheit der Massen zum Indifferentismus werden läßt. Was die Kommunisten von den Reformisten prinzipiell, auch in den Gewerkschaften, unterscheidet, ist nicht allein ihre Initiative und Kampfbereitschaft, schon gar nicht »Lizitation um jeden Preis«, sondern daß ihre Taktik einzig und allein das Interesse der Arbeiterklasse entscheidet und daß allen ihren taktischen Maßnahmen das Bewußtsein zu Grunde liegt, daß eine dauernde Besserstellung der Arbeiterklasse nur durch die revolutionäre Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erreicht werden kann. Im Gegensatz dazu glaubt der Anarcho-Kommunismus an die revolutionäre Wirkung des Elends (»je schlechter es den Arbeitern geht, desto revolutionärer sind sie«). Die Anteilnahme an den Tages- und Gewerkschaftsfragen erfolgt bei ihm nur zwecks »Demaskierung« des Reformismus, also rein propagandistisch.

Während wir Kommunisten wissen, daß der Machteroberung die Revolutionierung und Schulung

der Arbeiterklasse vorausgehen muß, daß sich in diesem Prozeß eben die Partei der Revolution, die kommunistische Partei, entwickelt, stählt und in den Massen verankert durch ihre alltägliche, richtige Kleinarbeit — erwartet der Anarcho-Kommunismus die Revolution als plötzlichen, elementaren Ausbruch der Massenverzewerung. Diese Katastrophe, in der die Partei zur Macht emporgeschleudert wird, heißt es eben abwarten. So entsteht Passivität und Fatalismus im Anarcho-Kommunismus und — je länger die Massen auf sich warten lassen — Pessimismus und Unglauben, politische, organisatorische, aber auch moralische Zersetzung der Anarcho-Kommunistischen Partei.

Zu 5: Scheinrevolutionäre Prinzipienpolitik.

Was den Leninismus von dem unfruchtbaren Doktrinarismus und Dogmatismus grundsätzlich unterscheidet, ist die Fähigkeit, nicht nur Prinzipien zu besitzen, sondern sie den konkreten Umständen in zeitlicher und örtlicher Beziehung anzupassen, jene Elastizität, die ebenso revolutionär ist wie die prinzipienlose Anschließbarkeit des Reformismus nichts anderes als Opportunismus ist. Nach der »Diktatur des Proletariates« schreien ohne — und das gilt insbesondere für die gegenwärtige Etappe — den Massen jene Schritte zu sagen, die sie unmittelbar zu tun haben, (wobei ihnen immer und immer wieder mit aller Schärfe und Deutlichkeit gesagt werden muß, daß eine wirkliche, dauernde Besserstellung nur durch die Beseitigung des Kapitalismus möglich ist) sich zum öden Ausrufer der »Diktatur« zu machen, das kennzeichnet den Anarcho-Kommunismus in seiner ganzen, unrevolutionären Kindlichkeit und Unfähigkeit. — Jedes Kompromiß, das in Kämpfen geschlossen wird, prinzipiell als Verrat hinzustellen ist unbolshewistisch und erscheint mit Recht, im Bewußtsein der Massen als demagogisch.

Ein Kompromiß wird erst dann zum Verrat — und diese Beweisführung müssen die Kommunisten mit größter Sorgfalt immer und immer wieder konkret ansetzen — wenn ein Kampf abgebrochen wurde, ohne die vorhandenen Kräfte einzusetzen, ohne die bestehenden günstigen Möglichkeiten auszunützen, mit einem Wort, wenn der Kampf von den Reformisten aus Furcht vor den revolutionären Energien der Massen, — die sich am stärksten in harten, entschlossen geführten Kämpfen entfalten — vorzeitig, unter ungünstigen Bedingungen abgewürgt wird, wenn das Kompromiß zum faulen Kompromiß, aus einem

Waffenstillstand zu einer kampflosen Kapitulation wird.

Zu 6: Zum Prinzip erhobene Ignoranz.

Die Gegenüberstellung von Theorie und Praxis ist einer der gebräuchlichsten und flachsten Versuche der sogenannten »Realpolitiker«, sich der unbarmherzigen, revolutionär-wissenschaftlichen Kontrolle bei ihrer »Realpolitik« zu entziehen, da sich diese »Realpolitik« unter der Lupe des Marxismus als erbärmlicher Opportunismus offenbart. Ohne die marxistische Theorie, die einzig und allein ermöglicht das Seiende wissenschaftlich zu erfassen, die Gesetzmäßigkeit in den Einzelfällen der Praxis zu erkennen, sie bewußt zu machen, ohne den Marxismus — der die sozial wirkenden Faktoren im Prozeß der Veränderung und in ihrer gegenseitigen Beziehung zueinander erfaßt und dadurch mit wissenschaftlicher Genauigkeit die Perspektive der zukünftigen Entwicklung zu geben vermag — ist eine revolutionäre Praxis so unmöglich wie ein viereckiger Kreis.

Zu 7: Theoretisch für Eroberung, praktisch für die Erhaltung der Gewerkschaften.

In der Frage der Zurückführung abgespaltener Sonder-Gewerkschaften zeigte sich relativ am deutlichsten das Doppelgesicht des Anarcho-Kommunismus, das Lippenbekenntnis zu Kominternbeschlüssen und die reale Sabotage dieser Beschlüsse. Als innerhalb der Partei die Opposition die ernsthafte Liquidierung der abgespaltenen Gewerkschaftsgruppen, vor allem der Straßenbahner-Organisation verlangte, wurde diese Forderung mit der Begründung abgelehnt »das Prestige der Partei verbiete die Liquidierung dieser Organisationen an deren Aufbau Kommunisten führend beteiligt waren«. So wurden auch auf die Kandidatenliste der Partei anlässlich der Arbeiterkammerwahlen (1926) Vertreter der neuen Straßenbahnerorganisation aufgenommen, obgleich damals bereits diese Organisation größtenteils für die Gelben eintrat und agitierte.

Zu 8: Die Gruppierung der Klassenkräfte und die Bedeutung der Einheitsfronttaktik.

Gerade für Oesterreich hat die von Lenin empfohlene Einheitsfronttaktik eine grundlegende Bedeutung. Während in allen anderen Ländern die kommunistische Partei neben den Massen der SP noch ein gewaltiges Reservoir unorganisierter Massen zu bearbeiten hat, ist in Oesterreich fast die gesamte Arbeiterklasse in der SP organisiert, so daß die

Die Bedingungen der proletarischen Machtergreifung.

»Damit der Aufstand erfolgreich sein kann, muß er sich nicht nur auf eine Verschwörung, nicht auf eine Partei stützen, sondern auf die fortgeschrittene Klasse.« Dies erstens.

»Der Aufstand muß sich auf den revolutionären Elan des Volkes stützen.« Dies — zweitens.

»Der Aufstand muß sich auf einen solchen Wendepunkt in der Geschichte der wachsenden Revolution stützen, wo die Aktivität der Vorhut des Volkes am größten ist, wo die Schwankungen in den Reihen der Feinde und in den Reihen der schwachen, schwankenden Freunde der Revolution am größten sind.« Dies — drittens.

Durch diese drei Bedingungen in der Frage des Aufstands unterscheidet sich der Marxismus vom Blanquismus.« (Lenin: Brief an das ZK der RSDAP. (Bolschewiki) im September 1917.

»Wenn es einer revolutionären Partei unter der Avantgarde der revolutionären Klassen und unter der Landbevölkerung an einer Mehrheit fehlt, so kann von einem Aufstand keine Rede sein.

Außer dieser Mehrheit ist dafür notwendig:

1. Das Anwachsen der revolutionären Welle im ganzen Lande;
2. der völlige moralische und politische Bankrott der alten Regierung;

Bankrott der alten Regierung;

3. tiefgehende Unsicherheit im Lager aller schwankenden Elemente, die nicht voll und ganz hinter der Regierung stehen, obwohl sie gestern noch voll und ganz hinter ihr standen.« (Lenin: Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? Ende September 1917).

»Natürlich, ohne revolutionäre Stimmung der Massen, ohne die Bedingungen, die das Anwachsen einer solchen Stimmung fördern, kann die revolutionäre Taktik nicht in die Tat umgesetzt werden; wir aber in Rußland haben uns durch lange schwere blutige Erfahrung davon überzeugt, daß die revolutionäre Taktik nicht allein auf die revolutionäre Stimmung aufgebaut werden darf. Die Taktik muß sich auf die nüchterne, streng objektive Abwägung aller Klassenkräfte des gegebenen Staates (und im Weltmaßstab) der ihn umgebenden Staaten sowie auf die Erwägung der Erfahrung der revolutionären Bewegungen stützen.« (Lenin: Der »Radikalismus« die Kinderkrankheit des Kommunismus. S. 43, 1920).

»Das Grundgesetz der Revolution, das von allen Revolutionen und im besonderen von den drei russischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts bestätigt ist, besteht in folgendem:

Entwicklung der kommunistischen Partei, identisch ist mit dem analogen Verfall der SP. Hier hängt von der richtigen Taktik gegenüber der SP alles ab, während es Länder gibt, in denen die SP keine starke Position in der Arbeiterschaft besitzt, so daß sich die Entwicklung der kommunistischen Partei eine Zeitlang neben der SP vollzieht, gleichsam als ein Kampf von zwei Strömungen um die noch unentschiedenen, schwankenden Massen. (Diesen Prozeß konnte man 1925 und 26 in Frankreich beobachten; in der letzten Zeit drängt die kommunistische Partei die SP an entscheidenden Punkten zurück).

Andererseits hat sich in Oesterreich als einzigem Land das Zweiparteiensystem fast restlos durchgesetzt. In dem Maße aber, als die Herrschaft innerhalb der besitzenden Klassen an das mit dem Klerikalismus und dem Großgrundbesitz verbündete Finanzkapital überging, verschärften sich die ökonomischen, aber auch kulturellen Gegensätze zwischen Finanzkapital und Großgrundbesitz, die ökonomisch und dem Klerikalismus der kulturell die Herrschaft ausübt auf der einen Seite und der mittleren Industrie, dem Gewerbe, Kleinhandel, sowie allen kulturell fortschrittlichen, radikal bürgerlichen Elementen auf der anderen Seite. Dieser ökonomische und kulturelle Gegensatz mußte seinen politischen Ausdruck finden. Er fand ihn bei den bestehenden Zweiparteiensystem in der Form, daß sich die Großbourgeoisie, die vom Klerikalismus geführte Partei der Christlichsozialen botmäßig machte, während die mittlere und kleinbürgerliche Opposition ihren Druck auf die Sozialdemokratie ausübte, um sie sich gefügig zu machen. Die SP — die »Eroberung der Macht« mit parlamentarischen Mitteln erstrebend, gab und gibt diesem Druck nicht nur politisch und taktisch nach, sondern erfaßt bereits organisatorisch im Rahmen der Partei diese bürgerlichen Bundesgenossen; sie wird gegenüber der Großbourgeoisie zur kleinbürgerlichen Opposition, zur Volkspartei, in der die Arbeiterklasse und ihr Interesse dem Kleinbürgertum untergeordnet wird.

Gerade infolge dieser besonderen Umstände steht vor den Kommunisten als entscheidende Aufgabe, durch richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik die Arbeiterklasse politisch, aber auch organisatorisch von der sozialdemokratischen Volkspartei loszulösen, der Arbeiterschaft zu helfen ihre kleinbürgerlichen Illusionen zu überwinden und sie auf den Weg des Klassenkampfes zurückzuführen.

(Schluß folgt.)

Zur Revolution genügt es nicht, daß die ausgebeuteten und geknechteten Massen die Unmöglichkeit in alter Weise zu leben einsehen und Abänderung fordern; zur Revolution ist nötig, daß die Ausbeuter nicht nach alter Weise leben und regieren können. Nur wenn die Unterschichten« nicht in alter Weise leben wollen und die »Oberschichten« in alter Weise nicht leben können, nur dann wird die Revolution siegen.

Diese Wahrheit wird anders so ausgedrückt: Die Revolution ist ohne

gesamtnationale

(die Ausgebeuteten wie die Ausbeuter) berührende Krise nicht möglich. Folglich gehört zur Revolution:

1. Daß die Mehrheit der Arbeiter (oder auf jeden Fall die Mehrheit der bewußten, denkenden politisch aktiven Arbeiter) vollkommen die Notwendigkeit der Umwälzung begriffen hat und bereit ist, ihre Wege in den Tod zu gehen;

2. daß die regierende Klasse eine

Regierungskrise

durchmachen, die die rückständigsten Massen in die Politik hineinzieht (das Merkmal jeder wirklichen Revolution ist die Verzehnfachung, sogar die Hundertfachung der zum politischen Kampf fähigen Vertreter werktätigen und ausgebeuteten Massen, die bisher apathisch waren) die Regierung schwächt und den Revolutionären deren schnellen Sturz ermöglicht.« (Lenin: Der »Radikalismus« . . . S. 63—64).

»Wenn es sich um die praktische Aktion der Massen handelt, um die Aufstellung — wenn man diesen Ausdruck gebrauchen darf — von Millionenarmeen, um die Aufstellung aller Klassenkräfte der gegebenen Gesellschaft zum letzten Entscheidungskampf . . . hier muß man sich nicht nur fragen, ob wir die Vorhut der revolutionären Klassen überzeugt haben, sondern auch — ob die historisch wirksamen Kräfte aller Klassen,

unbedingt aller Klassen

der gegebenen Gesellschaft ohne Ausnahme so gestellt sind, daß die entscheidende Schlacht wirklich herangereift ist, so daß

1. alle uns feindlichen Klassenkräfte genügend in Verwirrung geraten sind, sich genügend untereinander verzankt haben, genügend durch den Kampf, der ihre Kräfte übersteigt, geschwächt sind; daß

2. alle schwankenden, unsicheren, unbeständigen Zwischenelemente, das heißt des Kleinbürgertum, die kleinbürgerliche Demokratie zum Unterschied von der Bourgeoisie, vor dem Volk genügend entlarvt sind, sich durch ihren praktischen Bankrott genügend bloßgestellt haben; daß

3. im Proletariat eine Massenstimmung zu Gunsten der Unterstützung der entscheidenden, grenzenlos kühnen revolutionären Aktion gegen die Bourgeoisie beginnt und machtvoll anwächst.

Dann ist die Revolution herangereift, dann ist unser Sieg, wenn wir alle oben angeführten oder kurz charakterisierten Bedingungen in Erwägung gezogen und den Augenblick richtig gewählt haben, dann ist unser Sieg sichergestellt.« (Lenin: Der »Radikalismus« . . . S. 71—72).

Warum rufen wir allen Revolutionären diese Leninschen Fundamentalsätze (die Hervorhebungen stammen von uns) ins Gedächtnis? Weil Genosse Manuilski in der »Roten Fahne« vom 24. Sept. behauptet, am 15. Juli seien die objektiven Bedingungen zur Machtergreifung in Oesterreich gegeben gewesen. Genosse Manuilski vermeint dadurch der SPOe den Todesstoß zu versetzen. Er irrt vollkommen. Seine Einschätzung der Lage steht mit der wirklichen Lage in Oesterreich derart im Widerspruch, daß er das gerade Gegenteil erzielt, das er will: er erleichtert dem Austromarxismus das verräterische Spiel.

Nehmen wir die österreichische Bourgeoisie! Wo sind die »Schwankungen« in ihren Reihen? Wo ist der völlige moralische und politische Bankrott ihrer Regierung? Alle Schichten der Bourgeoisie, die Industriellen, die Großhändler, Großgrundbesitzer, Großbauern stehen eisern geschlossen unter Führung des Finanzkapitals im Bürgerblock hinter der Bürgerblockregierung Seipels und schleppen die große Masse des gegenwärtig nicht schwankenden konservativen Teils der Kleinbourgeoisie hinter sich. Wo sieht man etwas davon, daß die dem Proletariat feindlichen Klassenkräfte (die Bourgeoisie) »genügend in Verwirrung geraten« sind, sich genügend untereinander »verzankt haben« . . . ? Nie standen sie fester, nie klarer da als heute!

Gewiß, das wirtschaftliche Fundament, auf dem sich die Bourgeoisie bewegt, ist wacklig, ist brüchig, das wird sich auswirken, wird schließlich entscheiden. Aber gegenwärtig stehen wir gerade dem letzten entscheidenden Versuch der Bourgeoisie gegenüber durch eisernen Zusammenschluß, durch eiserner Festigkeit, durch eiserner Politik das labile wirtschaftliche Fundament endgültig für lange Dauer zu stabilisieren.

Nehmen wir das radikale Kleinbürgertum, das ist die Sozialdemokratie. Wo sahen wir vor dem Juli in ihrem Lager »Unsicher-

keit«? Wo sahen wir sie vor dem Juli »genügend entlarvt vor dem Volke«? Nichts davon war da.

Und heute nach dem Juli? Die Entlarvung der kleinbürgerlichen Politik der SP, sie würde im großen Tempo vor sich gehen, die Unsicherheit in der SP würde rasch praktische Konsequenzen haben, wenn ein so bedeutender Führer wie Genosse Manuilski der österreichischen Sektion der K. J. empfehlen würde, Schluß zu machen mit ihrer anarcho-kommunistischen Einstellung und Taktik und mit kommunistischer Politik zu beginnen, statt sie in ihrem Anarcho-Kommunismus noch zu bestärken.

Politische Chronik.

Deutschland

Die letzten Gemeinderatswahlen in Altona, Harburg usw. zeigen eine scharfe Linksorientierung der breiten Massen. Insbesondere gelang es den Kommunisten ihre Stimmenzahl um zirka 30 Prozent zu erhöhen. Es ist anzunehmen, daß bei den Wahlen in Hamburg am 9. Oktober gleichfalls eine starke Linksschwenkung der arbeitenden Massen sichtbar wird.

Anlässlich des Geburtstages Hindenburgs am 2. Oktober ruft der Rote Frontkämpferbund und die kommunistische Partei Deutschland zu einer Kundgebung gegen den offiziellen, reaktionären Rummel auf.

Schweiz

Der in Interlaken tagende Gewerkschaftskongreß des Schweizer Gewerkschaftsbundes hat den Antrag des Bundesvorstandes, das Gewerkschaftskartell Basel auszuschließen, angenommen.

Mit diesem Schritt hat der Schweizer Reformismus den Weg der offenen Gewerkschaftsspaltung beschritten. Denn eine Reihe Ortskartelle, die ebenso wie Basel von Kommunisten geführt werden, z. B. Schaffhausen, solidarisieren sich mit den Baslern.

Mussolini

Der italienische Generalkonsul in Sarajewo hat die Einstellung von Zirkusvorführungen erzwungen, bei denen ein Clown Mussolini verspottete. — Wahrscheinlich handelt es sich um eine täuschende Nachahmung, so daß Mussolini »unlauteren Wettbewerb« geltend machte.

Die »Volksbeglückungsmethoden« Mussolinis, die sich in zunehmender Arbeitslosigkeit in den Industriezentren und Enteignung des kleinbäuerlichen Besitzes auswirken, konnten jetzt, trotz verstärkten Terrors, Unruhen nicht mehr aufhalten.

In Mantua kam es zu Arbeitslosenemonstrationen, in deren Verlauf die erbitterte Menge den Bürgermeister aus dem Rathaus holte und ihn auf der Straße erschlug. Das Gebäude der faschistischen Parteileitung wurde in Brand gesetzt und erst zur Verstärkung herangezogene Polizei konnte die »Ruhe wieder herstellen«.

In der Gegend von Ferrarar, in Montagnan, Saleto, Moladino, S. Vitale und anderen Orten, wo die faschistischen Behörden den Bauern die den Jahren 1919-20 übergebenen Ländereien wieder abnehmen wollten, zogen Tausende von Bauern vor die Rathäuser, mißhandelten die Ratsmitglieder und versuchten, die Akten zu vernichten.

Auch in den Kolonien ist Mussolini damit beschäftigt, Hungersunruhen zu unterdrücken. In Cyrenaika allein sind dabei in den letzten zwei Monaten bereits 1000 Eingeborene getötet worden. So stillt Mussolini den Hunger!

Frankreich

Die Hetze gegen den Sowjetbotschafter Genossen Rakowsky, wird von der Rechtspresse fortgesetzt. Der »Matin«, eines der reaktionärsten Blätter Frankreichs, hat die kommunistische Tageszeitung »L'Humanité« geklagt, weil diese die Hetze des »Matin« als bezahlten Angriff englischer Petroleumkapitalisten bezeichnet.

England

Die Labour-Party (Arbeiterpartei) weist in dem Bericht zum Parteitag, der am 3. Oktober in Blackpool eröffnet wird, einen Mitgliederstand von 3,352.347 Mitgliedern auf.

Der Parteitag wird sich insbesondere mit den Wahlen befassen, die im Jahre 1928 stattfinden. Es werden durchwegs Forderungen aufgestellt die alles eher als »revolutionär« sind und die kleinbürgerlichen Massen »nicht abstoßen«. Die Arbeiterpartei rechnet mit einem bedeutenden Wahlerfolg, eventuell mit der parlamentarischen Mehrheit.

Mexiko

Die mexikanischen Gewerkschaften beschlossen, bei den kommenden Präsidentenwahlen den bürgerlich-revolutionären General Obregon zu unterstützen, außer, daß der Gewerkschaftsführer Morones selbst kandidiert. Auch die kommunistische Partei Mexikos hat die Unterstützung Obrogons beschlossen, wobei sie gleichzeitig ankündigt, diese Unterstützung mit einer scharfen Kritik der schwankenden Außen- und der kleinbürgerlichen Innenpolitik der Regierung zu verbinden.

Partisanenkämpfe in China.

Als die Regierung von Wuhan unter dem Druck des Marschalls Feng vor der Nanking-Regierung kapituliert und sich schließlich beide Flügel der Kuomintang auf der reaktionären Vereinigungskonferenz von Nanking vereinigen, da schien es jenen, die in der Revolution entweder eine militärische oder eine bürgerlich-nationale Bewegung erblickten, daß damit der »Traum der Kommunisten« von einer Weiterführung der Revolution bis zum Sieg der verbündeten Arbeiter und Bauern für Jahre zu Ende sei.

Seit vielen Wochen häufen sich aber Nachrichten (die meisten von offiziell englischer Quelle!), daß die Arbeiter und Bauern unter Führung der Kommunisten den Kampf wieder aufnehmen.

Die erste Etappe des Kampfes bis zur Kapitulation der Wuhanregierung bot äußerlich unvergleichlich dramatischere und blendendere Momente als die gegenwärtige Form der Partisanenkämpfe. Aber die erste Etappe mußte zum Zusammenbruch führen, da die falsche Politik des ZK der KP Chinas alle Macht in die Hände des schwankenden Kleinbürgertums der sogenannten linken Kuomintang, spielte, statt die Massen in den Städten und Dörfern zu mobilisieren unter der Führung einer selbständigen kommunistischen Partei, die die Regierung nur soweit unterstützt, als sie die Interessen der Volksmassen vertritt.

Die Schwanzpolitik des ZK der KP Chinas mußte zu jener Niederlage führen, die wir alle in China erlebt haben.

Wie sehr aber die arbeitenden Klassen bereits in Bewegung geraten sind, wie stark der soziale Charakter der chinesischen Revolution ausgeprägt ist, das zeigt sich jetzt, in der Niederlage. Trotz des Verrates der chinesischen Bourgeoisie, die mit bewaffneter Gewalt den Arbeitern jede Bewegungsfreiheit zu nehmen versucht und mit denselben Mitteln die Bauern niederhält, erheben sich im Süden, in Kwantung, in Mittelchina, in Hunan und Hupe, immer neue Scharen von Arbeitern und Bauern, schließen sich zu ganzen, zehntausende zählende Armeen zusammen, säubern die Provinzen von den reaktionären Verwaltungen und richten revolutionäre Verwaltungen ein. In diesen Kämpfen stehen die Kommunisten an der Spitze.

Die Altersrente tritt in Kraft.

Es gibt 20.000 alte Arbeitslose in Oesterreich, 20.000 alte, müd und morsch gewordene Proleten, die jetzt mit der kärglichen Arbeitslosenunterstützung ihr jammervolles Leben fristen.

Diesen Aermsten der Armen wird nun ab 1. Oktober durch den Umtausch der Arbeitslosenunterstützung in die Altersrente ein Drittel dessen, was sie bisher hatten, geraubt. Zeigt sich in dieser Form der »Sozialpolitik« die ganze Brutalität der reaktionären Seipelregierung, so zeigt sich in dem »Kampf«, den die sozialdemokratischen Abgeordneten führten, ihre ganze Jämmerlichkeit. Mit »herzenswarmen Tönen« und »beredter Menschlichkeit« suchten sie das »Herz« der Bourgeoisie zu erweichen. Diese Politik der »Erziehung zur Menschlichkeit« hat nicht mehr Erfolg, als wenn ein Schaf zum Löwen käme mit den Worten: »Du sollst nicht töten, das ist unsittlich«.

Aus den Erinnerungen einer russischen Arbeiterin.

Von der Tabakarbeiterin Feodorowna.

(Schluß.)

Die Reaktion festigte sich. Die Streiks ließen allmählich nach. Der eiserne Ring der Polizei zog sich enger und enger um den Hals der Arbeiter. Die Eisenbahner allein hatten die Arbeit noch nicht aufgenommen. Die Arbeiterpatrouille bewachte unausgesetzt unser Viertel. In meinem Zimmer bewahrte die Arbeitergarde ihre Waffen und Sprengstoffe auf. Bei einem plötzlichen Überfall der Polizei wurden acht Arbeiter getötet, die Wache hielten. Es wurden massenweise Haussuchungen vorgenommen, Verhaftungen über Verhaftungen erfolgten, die eine ganze Woche dauerten. Endlich stöberte mich die Polizei auf. Sie fand in meinem Zimmer Bomben und Gewehre. Ich wurde natürlich sofort ergriffen und unter ununterbrochenen Schlägen und Mißhandlungen fortgeführt. Im Hofe hatten sie noch einen 70-jährigen Greis, den Genossen, Peter Narimanow, entdeckt. Und sein hohes Alter schützte ihn ebensowenig von den grausamsten Mißhandlungen wie mich meine Jugend. Man schlug mich ununterbrochen den ganzen Weg, an der Bahn, im Eisenbahnwagen bis zur Station Metecha. Sie schlugen mich beim Verhör, um aus mir ein Geständnis herauszupressen, wo das Bombenlager sei. Sie schlugen mich, wahrscheinlich aus Neugierde, um zu sehen, wie ich mich bei dieser oder jener Mißhandlung verhalten würde. Sie schlugen mich auch, anscheinend um ihre Kraft an mir zu erproben, um zu sehen, unter wessen Schlägen ich endgültig zusammenbrechen würde. Sie hatten schon beschlossen, mit mir ein Ende zu machen, da fragte mich plötz-

Die Verteuerung der Straßenbahntarife.

Die Verteuerung der Straßenbahn bedeutet für die Arbeiter und Angestellten Wiens eine sehr empfindliche Belastung. Die Gemeinde Wien behauptet, daß sie einen Betrag von 15.140.000 Schilling jährlich zu decken hat und daß sie zu diesem Zweck die Erhöhung, die ihr 15.500.000 Schilling Mehreinnahmen bringt, unbedingt notwendig ist.

Wir halten diese Art Tarifpolitik für grundsätzl. Wenn wir annehmen, daß die Zahlen stimmen, so bleibt immer noch die Frage offen: Hat die Gemeinde nicht großzügige Einnahmsquellen, die es ihr gestatten, ohne Erhöhung der Tarife, die ausschließlich die arbeitenden Massen trifft, die notwendigen 15.140.000 Schilling aufzubringen?

Die Gemeinde Wien hat dem Mittelbürgertum aus Wahlpropaganda Millionen Schillinge geschenkt! Sie hat den Kinobesitzern, den Gastwirten usw. Nachlässe, Ermäßigungen ihrer Abgaben beim Strombezug usw. eingeräumt. Bei diesen bürgerlichen Schichten war die Gemeinde allzu freigebig, aufreizend spendend.

Bei solchen Umständen lehnen wir die Erhöhung der Straßenbahntarife als eine durchaus antisoziale Maßnahme entschieden ab, als eine Maßnahme insbesondere, die im Zusammenhang mit der Gesamtpolitik der Gemeinde Wien, ihren unproletarischen Charakter klar beweist.

Die Konfiskation der „Arbeiter-Stimme“.

Unsere letzte Nummer wurde bekanntlich konfisziert und zwar wegen des Spitzenartikels, der zum Kampf für die Freilassung der Juliopter aufforderte. Die Staatsanwaltschaft hat nun gegen Genossen Kurt Landau die Anklage wegen Aufwiegelung (§ 300) erhoben. Wir werden dem Staatsanwalt Gelegenheit geben, vor den Geschworenen seine Anklage gegen die »Arbeiter-Stimme« zu vertreten.

Wer ist in der Defensive?

Auf dem Verbandstag der Metallarbeiter erklärte Abg. Ellenbogen:

„Die Bourgeoisie glaubt, seit dem 15. Juli, sich wieder Dinge erlauben zu können, wie in der alten Monarchie. Aber die zehn Wochen, die seither vergangen sind, haben gezeigt, daß die Bourgeoisie bereits in die Defensive gedrängt ist. Die Blühtäume der Bourgeoisie wachsen nicht in den Himmel, sondern sind schon verweilt, die Bäume sind schon geknickt...“

Also in der Defensive ist die Bourgeoisie? Die Polizei fängt Geiseln aus der Mitte der Arbeiterschaft, die proletarischen Schöffen werden in verbrecherischer Weise übergangen und der so zum Ausnahmegericht gewordene Czerny-Senat verurteilt wegen der geringsten Äußerung zu schweren Kerkerstrafen, der alte »Burgmurrer« aus dem k. u. k. Staat ist beim Heeresministerium wieder eingeführt — wober die »Arbeiter-Zeitung« bezeichnenderweise schweigt — ein Prinz von Reuß nimmt die Parade über die Bundeswehr ab — Ellenbogen aber stellt fest: »Die Blühtäume der Bourgeoisie sind schon verweilt...«

Heimwehren werden fieberhaft gegründet, die Polizei mittels Terrorregierungstreu gedrillt, die Lebensmittelzölle durchgesetzt, die Altersrente eingeführt, (die den alten Arbeitslosen ein Drittel ihrer Arbeitslosenunterstützung stiehlt) — Ellenbogen aber stellt fest: Die Bourgeoisie ist in die Defensive gedrängt...«

lich ein Kosak, in dem sich etwas menschliches geregt haben mußte, nach meiner Mutter. Und als ich, kaum hörbar flüsterte, ich wäre eine Waise, hätte niemand, horchte er auf. Ein anderer fragte etwas anderes, und als er erfuhr, ich sei auch eine Kosakin, erstaunte er. Ich war eine derihigen, kein fremder Feind, wie man es ihnen eingeredet hatte und die schon zum Schlagen erhobenen Arme sanken herab. Sie drängten sich um mich. Ich schien ihnen plötzlich ein Opfer, wessen, das war ihnen allerdings noch nicht klar. Und als mir Blut aus dem Munde strömte, da bemächtigte sich ihrer sichtbar eine große Verlegenheit. Man griff mir Schwankenden unter die Arme, man führte mich aufs Trottoir. Dieselben Hände die mich eben noch geschlagen hatten, strichen mir das Haar aus der schweißbedeckten Stirn und als sie bemerkten, daß mir ein Schuh an dem Fuße fehlte und ich im Strumpf durch den Schnee gejagt worden war, eilte einer zurück, um mir den verlorenen Schuh zu holen, den ein anderer Kosak auf der Spitze trug. Sie brachten mich ins Gefängnis. In einer ungeheizten Zelle fand ich endlich Ruhe.

Zwei Jahre verbrachte ich in diesem Gefängnis. Dann kam das Gericht, die Verbannung nach Sibirien, meine Flucht und meine illegale Arbeit in einer militärischen Organisation in Moskau. 1908 wurde ich wieder verhaftet und zu zehnjähriger Galeerenarbeit (Katorga) verurteilt. Der Februar 1917 befreite mich aus dem Zuchthaus, die Oktobertage desselben Jahres befreiten mich und meine Klasse von unseren Peinigern, den Kapitalisten. Noch sind wir ihrer nicht ganz Herr geworden, doch jeder Pulsschlag gilt dem Kampfe um die endgültige Befreiung, die bereits verheißungsvoll winkt.

Feodorowna, Tabakarbeiterin

Ernteerträge u. Agrarisierung.

Unsere famosen »Theoretiker« von den »Roten Fahne« haben anläßlich des Parteitages der Anarcho-Kommunisten die Theorie von der Agrarisierung Oesterreichs aufgestellt. Diese Theorie wurde auf Grund der überaus günstigen Ernteergebnisse 1926 aufgestellt. Und da das Wesen der Theorie und Praxis der Anarcho-Kommunisten in der Alserstraße das »Tschik arretieren« ist, d. h. man stürzt sich auf das zunächst liegende, macht aus jedem Streik einen Generalstreik, aus jedem Zusammenstoß der Klassen eine Revolution, nun so machten die munteren Knaben aus den Erntergebnissen von 1925 u. 1926 die »grundlegende« Theorie von der Agrarisierung Oesterreichs. Nun machen die Ernteerträge für das Jahr 1927 den »tiefgründigen« Theoretikern einen bösen Strich durch ihre »Agrarisierung«. Auf allen Gebieten ist der Ertrag pro Hektar gegen 1925 zurückgegangen.

Beim Winterweizen von 12,9 Meterzentner im Jahre 1926 auf nur 12 im Jahre 1927. Bei der Wintergerste von 12,5 auf 12 Meterzentner, bei Hafer von 13,8 auf 12,5.

Der Durchschnittsertrag pro Hektar ist um ca. 10 Prozent niedriger als 1926.

Eine unglaubliche Unhöflichkeit.

Karl Seitz am 12. September 1927 in der Versammlung in Floridsdorf: »Herr Schober sollte erkennen, daß man nicht Polizeipräsident einer Stadt sein kann, wenn man das Vertrauen der Mehrheit, die diese Stadt verwaltet und regiert, verwirkt hat. Und was denkt ihr macht der Herr Schober auf die se unhöfliche Aufforderung zu demissionieren?«

Er ist noch unhöflicher, lacht sich den Buckel voll über die Deklamationen des Herrn Bürgermeisters, läßt weiter verhaften, weiter Medaillen verteilen und bleibt nach wie vor der Herr von Wien, das er mit seiner Polizeiminderheit regiert und bestraft weiter das arbeitende Volk für mangelhaftes Vertrauen und Zuneigung zu seiner Schreckensherrschaft.

Mir san vom k. u. k. Infanterieregiment.

Die Ringstraße, die die Arbeiter demonstrierend nicht mehr betreten sollen, sie bekommt langsam das Gesicht, das der Bourgeoisie willkommen ist. Um die Mittagszeit — so wie einst in der alten Monarchie — marschiert jetzt täglich — Sturmhelm umgeschmalt, feldmäßig adjustiert — eine Abteilung Bundeswehr über die Ringstraße, zieht vor das Kriegsministerium und — der alte »Burgmurrer« ist da. Die alten reaktionären Militärmärsche werden gedroschen, während die Kolporteurs des Expressblattes ihre Zeitung ausrufen.

Eine kleine, nichtssagende Neueinführung, nicht wahr, Genosse Austerlitz? So nichtssagend, daß die »Arbeiter-Zeitung« kein Sterbenswörtchen darüber schreibt! Und doch — diese »kleine Neueinführung« im Rahmen der übrigen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der Seipelregierung illustriert deutlich den Kurs der Regierung.

Die Bourgeoisie hat am 15. Juli die Republik erobert. Nun entschleiert sie allmählich das Gesicht der Republik des 15. Juli. Es ist das monarchistische, vom Haß gegen die Arbeiterschaft verzernte Antlitz der offenen Reaktion.

Gruppenabende.

Margarethen-Wieden: Gasthaus Papier Kohlgrasse 4, jeden Freitag 7 Uhr abends.

Meidling: Gasthaus Kirchner Rosaliengasse Nr. 11 (Tel. 83-3-24), jeden Freitag 7 Uhr abends.

Ottakring: Gasthaus Fanowitsch, Koppstraße Nr. 47 (Tel. 30-6-58), jeden Freitag abends.

Hernals-Währing: Gasthaus Weckele, XVII., Hormayrgasse, Ecke Schuhmannngasse, jeden Montag 7 Uhr abends.

Zelle Vorortelinie: Gasthaus Ruff, Hernals Hauptstraße 175, jeden Donnerstag halb 8 Uhr abends.

Brigittenau: Gasthaus Nowak, Allerheiligenplatz 17, jeden Dienstag 7 Uhr abends.

Floridsdorf-Stadlau: Gasthaus Meyerhofer, Bahnsteggasse 2, jeden Freitag 7 Uhr abends.

Auskünfte und Zuschriften.

Täglich (ausgenommen Dienstag) in der Zeit von 7-10 Uhr abends werden in Fanowitsch Gasthaus, Wien, XVI., Koppstraße 47, (Telephon 30-6-58) Auskünfte erteilt. Zuschriften, die Partei betreffend, sind ebenfalls an die obige Adresse zu senden.

Eigentümer: Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition) Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 286 Verantwortlicher Redakteur: Kurt Landau, XVIII., Vincenzgasse 24. Druck: Buch- u. Kunstdruckerei „Donau“, Wien, III., Gustozgasse 8.